

# Zivis können verlängern

## Koalition löst Streit um Dienstzeit

**Berlin** Das Ringen in der Koalition dauerte einige Wochen. Zwar waren sich CDU/CSU und FDP schon länger einig, dass Wehr- und Zivildienst von neun auf sechs Monate verkürzt werden sollen. Aber der Teufel lag im Detail. Vor allem die Wohlfahrtsverbände, die auf den Einsatz von Zivildienstleistenden setzen, machten Druck. Sechs Monate seien in vielen Einrichtungen wegen der Einarbeitung einfach zu kurz. Außerdem drohe ein personeller Engpass, argumentierten sie.

In einer Spitzenrunde legten Union und FDP nun am Montag die letzten Einzelheiten fest. Danach soll Zivis eine freiwillige Verlängerung um drei bis sechs Monate ermöglicht werden. Zudem soll bis Mitte Juni ein Konzept für attraktivere Freiwilligendienste erarbeitet werden. Beide Regelungen sollen dazu beitragen, die durch die

Dienstzeitverkürzung entstehenden Lücken bei Krankenhäusern, sozialen Einrichtungen und Wohlfahrtsverbänden zu schließen.

Die FDP verbuchte den Kompromiss als Erfolg für sich. Damit würden „zentrale Punkte“ des liberalen Konzepts umgesetzt, erklärten die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Miriam Gruß (Augsburg) und der Zivildienst-Experte Florian Bernschneider.

Die FDP hatte die Wehr- und Zivildienstverkürzung bereits in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt. Ursprünglich wollten die Liberalen die Dienstpflicht ganz aussetzen, die Union wollte dagegen bei den neun Monaten bleiben. Damit war schon die Klausel im Koalitionsvertrag ein Kompromiss.

### **Festlegung erst zwei Monate nach Antritt der Zivi-Stelle**

Auf eine freiwillige Verlängerung

können sich die Zivildienstleistenden frühestens zwei Monate nach Dienstantritt festlegen. Damit soll verhindert werden, dass Stellen von vorneherein für eine Dauer von zwölf Monaten angeboten werden.

Die Verkürzung soll für die Zivis ab dem 1. August gelten und für die Wehrdienstleistenden ab 1. Oktober. Es könnte aber noch Probleme im Bundesrat geben. Mit dem bevorstehenden Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen verliert Schwarz-Gelb dort die Mehrheit.

Die Wehrdienstreform soll dazu führen, dass künftig pro Jahr rund 50 000 statt 40 000 Wehrdienstleistende eingezogen werden können. Die Grundausbildung soll in der Regel nur zwei Monate dauern. Dort, wo es für notwendig erachtet wird, soll sie aber auf drei Monate verlängert werden können. (dpa, AZ)